

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: ABM-Maßnahmen - Strukturhilfen -
Umweltabgaben - Eisenbahn - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: ABM-Maßnahmen - Strukturhilfen - Umweltabgaben - Eisenbahn - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 9, pp. 433-434

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136794>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABM-Maßnahmen Zuviel des Guten

Auf Drängen der Bundesanstalt für Arbeit hat die Bundesregierung ihren Zuschuß zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Jahre 1991 bis 1993 beträchtlich aufgestockt. Anstatt der bisher geplanten 280 000 Stellen sollen nun Ende dieses Jahres bereits 400 000 finanziert werden. Die Zahl der ABM-Teilnehmer wird dann in jedem der ostdeutschen Länder etwa ebenso hoch sein wie in der alten Bundesrepublik insgesamt. Anlaß zu der Maßnahme boten bevorstehende Entlassungen in Treuhandunternehmen, die auch aus anderen Gründen wahrscheinlich weiter steigende Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern und nicht zuletzt die rasche Ausschöpfung der Mittel für ABM-Plätze im letzten halben Jahr.

Zweifellos ist eine weitreichende soziale Abfederung des Umstellungsprozesses in der ostdeutschen Wirtschaft nötig, und ABM-Maßnahmen sollten dabei nicht außer acht bleiben. Ohne Frage ist auch die Teilnahme an ABM für den einzelnen sinnvoller als Arbeitslosigkeit. ABM bietet im Idealfall die Möglichkeit, die Arbeitsfähigkeit zumindest auf Zeit zu erhalten und damit der Herausbildung von Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Angesichts des raschen, massiven Einsatzes ist aber zu vermuten, daß dabei neue Schein-Arbeitsplätze und damit neue verdeckte Arbeitslose entstehen; dies gilt besonders für ABM-Stellen im Rahmen von Beschäftigungsgesellschaften. Die Entwicklung von Langzeitarbeitslosigkeit wird so eher gefördert. Zudem wird es auch bereits zur Verdrängung privater Anbieter gekommen sein. ABM-Maßnahmen dieses Umfangs werden die Anpassung der Strukturen in der ostdeutschen Wirtschaft nur verzögern. Geeigneter wären Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Hierauf sollten die Kräfte und die Mittel stärker konzentriert werden. sp

Strukturhilfen Trauriges Bild

Die Bundesregierung hat jüngst einen Gesetzentwurf verabschiedet, der vorsieht, Strukturhilfen in Höhe von

2,45 Mrd. DM zu streichen, die bisher jährlich an die alten Bundesländer gezahlt werden, und diese Mittel nach Ostdeutschland umzulenken. Der Regierungsvorschlag stößt zwar bei den Landespolitikern auf Widerstand, ist aber aus ökonomischer Sicht zu begrüßen.

Angesichts des starken wirtschaftlichen Gefälles zwischen West und Ost sind Strukturhilfen an die alten Bundesländer regionalpolitisch nicht mehr zu rechtfertigen. Es ist unbestritten, daß die mangelhafte Infrastrukturausstattung den Aufholprozeß in Ostdeutschland ernsthaft gefährden könnte, wenn nicht entschlossen mit Investitionen gegengesteuert wird. Auch der Hinweis auf Haushaltsschwierigkeiten in einigen alten Ländern ist angesichts der wirklich kritischen Einnahmensituation in den ostdeutschen Ländern kein überzeugendes Argument. Im übrigen sollen Bremen und das Saarland, die besonders hart betroffen sind, für eine Übergangszeit von zwei Jahren erhöhte Bundesergänzungszuweisungen erhalten.

Der Verzicht auf Einnahmen hat sicherlich schmerzhaft Folgen für die betroffenen Länder. In der gegenwärtigen Lage sind aber Einsparungen in den alten Bundesländern sicherlich wirkungsvoller als inflationär wirkende Steuererhöhungen oder eine stärkere Neuverschuldung. Diese Einsichten nützen wenig, wenn letztlich immer wieder Gesichtspunkte regionaler Stimmenmaximierung das Handeln bestimmen. Wo Solidarität gefordert ist, bietet sich statt dessen das traurige Bild der um ihre Pfründe besorgten vergleichsweise wohlhabenden Regionen. rr

Umweltabgaben Ungeeigneter Ansatz

Mit zwei neuen Umweltabgaben will Bundesumweltminister Töpfer dem abfallpolitischen Konzept ab 1992 einen weiteren Baustein hinzufügen. Über die geplante Abfallabgabe für alle „Müllproduzenten“ und die geplante Deponieabgabe für alle Deponiebetreiber sollen Produzenten und Konsumenten auch die ökologischen Folgekosten ihrer Abfälle tragen. Eine Staffelung der Abgaben nach der Gefährlichkeit der Stoffe und eine Privilegierung recyclingfähiger Abfälle sollen dazu dienen, das Müllaufkommen zu reduzieren und die Wiederverwertungsrate zu erhöhen.

Die Festlegung von Knappheitspreisen, die die ökologischen Kosten widerspiegeln, würden die Kenntnis dieser Kosten voraussetzen. Die im Entwurf genannte Abgabenhöhe von jeweils bis zu 100 DM je Tonne dürfte – in Relation zu den heute gültigen Entsorgungspreisen der Deponien – allerdings ungeeignet sein, Produktion und Konsum in Richtung einer verstärkten Müllvermeidung zu lenken. Die geplante Deponieabgabe wird außerdem ökologisch ungünstige Alternativen, wie z. B. die Müllverbrennung, ökonomisch noch attraktiver erscheinen lassen. Die Abgabenhöhe und die Zweckbindung der Abgaben für die Altlastensanierung in den neuen Ländern legen es nahe, das Motiv für diesen Entwurf wohl eher in der Einnahmenerzielung denn in einer abfallpolitischen Lenkung zu suchen.

Steht jedoch die Schadensvermeidung im Mittelpunkt der Umweltpolitik, sollte ein Vorgehen – wie es auch die EG beabsichtigt – gewählt werden, das die privatrechtliche Haftung der Industrie und der Deponiebetreiber für eventuelle Umweltschäden durch Lagerung und Verwertung vorsieht. Dieser Ansatz – kombiniert mit wirksamen Anreizen zur Müllvermeidung bei den Verbrauchern – ist eher geeignet, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Ergebnisse sicherzustellen. kb

Eisenbahn Begrenzter Spielraum

Bundesverkehrsminister Krause und Bundes- und Reichsbahnchef Dürr kündigten an, daß die Bundesregierung bis zum Jahr 2000 voraussichtlich 400 Mrd. DM für die Bahnen aufwenden müßte. Zur Verringerung dieser von der Allgemeinheit zu tragenden Last soll die Bahn, ähnlich wie die Post, in drei Sondervermögen – Personenverkehr, Güterverkehr und Schienennetz – aufgeteilt werden. Der Personen- und Güterverkehr soll privat betrieben werden, so daß beispielsweise Spediteure eigene Waggons anschaffen oder Reiseveranstalter Urlauber mit Charterwaggons befördern und das Netz gegen eine Gebühr benutzen könnten. Auch das Netz soll privat bewirtschaftet werden.

Die Notwendigkeit einer Kostentrennung des Betriebs der Bahn von der Vorhaltung der Schienenwege ist mittlerweile unumstritten und wird auch durch die EG vorangetrieben. Nur so lassen sich die Wegekosten innerhalb der Bahn und im Vergleich mit anderen Verkehrsträgern korrekt feststellen und eine höhere Wirtschaftlichkeit erreichen. Der Betrieb bedarf keiner zentralen Planung und wird am effizientesten durch den Markt geregelt. Das

Verkehrswegenetz sollte jedoch zentral geplant und betrieben werden. Eine private Bewirtschaftung des Netzes ist nur begrenzt möglich und würde zu insgesamt schlechteren Ergebnissen führen, da ausschließlich lukrative Strecken finanziert und bewirtschaftet würden.

Die von Krause und Dürr vorgeschlagene Lösung würde zwar kurzfristig die Staatskasse entlasten, wäre aber auf lange Sicht volkswirtschaftlich ineffizient. Gerade mit Blick auf den EG-Binnenmarkt, der ein noch höheres Verkehrsaufkommen mit sich bringen wird, sollte der Staat ein leistungsfähiges öffentliches Netz als solide Grundlage für einen privaten Betrieb bereitstellen. cw

USA Schwache Signale

Immer wieder werden in letzter Zeit in den USA nach der Veröffentlichung von – angeblich widersprüchlichen – Konjunkturindikatoren Zweifel daran laut, ob die Rezession wirklich schon beendet sei, so auch nach der jüngsten Revision der Bruttosozialproduktsrechnung. Nach dieser Schätzung stieg die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt nicht, wie zuerst gemeldet, um 0,1% (!), sondern hielt nur knapp das Niveau des vorangegangenen Quartals. Es ist schon erstaunlich, wie weitgehende Schlußfolgerungen in den USA aus einer derart unbedeutenden Korrektur der Wachstumsraten gezogen werden.

Nach einem Rückgang um 0,4% im vierten Quartal 1990 und um 0,7% im ersten Quartal 1991 war das vergangene Vierteljahr zwar das dritte Quartal in Folge, in dem sich das Sozialprodukt zumindest nicht erhöhte. Aber der Rückgang war doch insgesamt weitaus geringer als in vorangegangenen Rezessionen, die sich zudem in der Regel über längere Zeiträume erstreckten. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung in den einzelnen Verwendungsbereichen wie etwa denen des privaten Konsums und der Ausrüstungsinvestitionen sprachen aber im letzten Quartal schon ausdrücklich dafür, daß sich die expansiven Kräfte im Frühsommer wieder durchgesetzt haben und eine Konjunkturbelebung in Gang gekommen ist.

Nach einer insgesamt so milde verlaufenen Rezession verwundert es nicht, daß auch die Aufschwungssignale zuerst nur vergleichsweise schwach sind. Bei der Interpretation neuer Zahlen sollte deshalb gerade jetzt der Blick auf die „fundamentals“, die sich hinter den einzelnen Daten verbergen, nicht verlorengehen. cb